

Dienstag 24. Juli 2012

Nummer 543

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



[Die Stiftung auf](#)



Die Redaktion des Newsletters wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne Ferien! Der nächste Newsletter erscheint am 28. August 2012.

Instrumentalisierung der Justiz in der Ukraine: autoritäre Entgleisung eines Mannes oder logische Folge der politischen Entwicklungen?



Autor : Alla Lazareva

Ist die Verfolgung von Oppositionsangehörigen in der Ukraine eine Folge voran gegangener Handlungsunfähigkeit oder zu großer Nachgiebigkeit? Oder liegen die Ursachen dieses Verhaltens noch weiter zurück, so dass das autoritäre Verhalten Victor Janukowitschs in gewisser Weise unvermeidbar war? Seit der Unabhängigkeit steht eine Reform des Justizwesens auf dem Programm. Die Umsetzung schreitet zu langsam voran, ohne wirklichen politischen Willen und gegen große Blockaden. Erfahren Sie mehr über die Ursachen, um die aktuelle Situation in der Ukraine besser zu verstehen.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Jean François-Poncet - EU/Korea - Frankreich/Deutschland
Finanzkrise : Eurogruppe - Spanien - Portugal - Griechenland - Ungarn - Irland - Italien - Lettland - Niederlande - Großbritannien - IWF **Kommission** : Bulgarien - Rumänien - Forschung/Innovation - Beschäftigung **Rat** : Landwirtschaft/Fischerei - Diplomatie **Österreich** : Verträge **Spanien** : Zustimmung **Ungarn** : Renten/Richter **Irland** : Infrastruktur **Italien** : Fiskalpakt **Litauen** : Energie **Polen** : Rücktritt **Rumänien** : Plagiat - Referendum **Großbritannien** : Afghanistan **Albanien** : Wahlrecht **Montenegro** : Regierung **Russland** : WTO **Ukraine** : Zensur **Europarat** : Rumänien **UNO** : Syrien **Eurostat** : Handel **Berichte/Studien** : Asien - Spanien
Veröffentlichungen : Diplomatie **Kultur** : Festspiele/Bayreuth - Festspiele/Salzburg - Festival/Edinburgh - Musik/Sziget - Ausstellung/Hannover - Ausstellung/London

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Hommage an Jean François-Poncet

Die Robert Schuman Stiftung trauert um Jean François-Poncet, den ehemaligen Außenminister Frankreichs, der Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung war und am 18. Juli 2012 im Alter von 83 Jahren verstarb. Die Stiftung würdigt sein Lebenswerk, das ihn als großen Europäer ausweist und Beweis seiner außergewöhnlichen



Karriere im Dienste Frankreichs ist. Als Spitzendiplomat vergaß er niemals seine Teilnahme an der Ausarbeitung der Römischen Verträge und setzte all seine Kraft für Fortschritte bei der Einigung Europas ein. Als engagierter Politiker mit außergewöhnlichen Fähigkeiten setzte er sich stets für die Vertiefung der europäischen Beziehungen und für die internationale Strahlkraft Frankreichs und Europas ein, egal ob als Generalsekretär des Präsidentschaft, als Außenminister oder als Abgeordneter. Die Robert Schuman Stiftung spricht seiner Familie und allen ihm Nahestehenden ihr herzliches Beileid aus... [Fortsetzung](#)

Erstes EU-Korea-Forum



Am 19. September 2012 wird die Robert Schuman Stiftung gemeinsam mit der Universität Yonsei und der Korea Stiftung das erste EU-Korea-Forum veranstalten. Auf der Konferenz werden sich zahlreiche prominente Vertreter Koreas und der EU zum aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Korea in verschiedenen Bereichen äußern; ein Jahr nach der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea. Eine Teilnahme ist nur bei vorheriger Anmeldung möglich... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich, Deutschland und Sie?



Am 22. Januar 2013 werden wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elyséevertrags feiern. Im Vorfeld soll Deutschen und Franzosen die Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern, wie sie persönlich die Beziehungen zwischen beiden Ländern erleben und einschätzen. Aus diesem Grund haben die Gruppe Radio France, die deutschen öffentlichen Rundfunkanstalten, ARD, der Saarländische Rundfunk und Arte gemeinsam eine große Umfrageaktion gestartet. Als Deutsche(r) oder Französin/Franzose sind Sie herzlich eingeladen, die 26 Fragen zu beantworten und uns mitzuteilen, wie Sie persönlich die deutsch-französischen Beziehungen sehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

Eurogruppe gibt grünes Licht für Hilfsmaßnahmen für Spanien



Am 20. Juli 2012 stimmten die 17 Finanzminister der Eurozone einstimmig für die Hilfsmaßnahmen, die die spanische Regierung zur Unterstützung der spanischen Banken vorgesehen hat. Die Finanzminister zeigten sich überzeugt, dass durch die Unterstützung der spanischen Banken zugleich die gesamte Eurozone unterstützt wird. Die Zustimmung zur Bankenrettung geht einher mit einer Verpflichtung zu Reformen, insbesondere im Bankensektor; insgesamt werden 100 Milliarden Euro an europäischen Hilfgeldern bereitgestellt, die nach seinem Inkrafttreten aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus entnommen werden... [Fortsetzung](#)

Spanien: Sehr trübe Wirtschaftsaussichten



Spanien gab am 20. Juli 2012 neue sehr düstere Wirtschaftsprognosen bekannt, nach denen die Rezession im Jahr 2013 anhalten wird mit noch höherer Arbeitslosigkeit als in diesem Jahr, während das Land zugleich versucht, mit noch nie dagewesenen Sparplänen den öffentlichen Haushalt zu sanieren. Wie die Regierung am 20. Juli bekannt gab, wird die Arbeitslosenquote, die die höchste Quote von sämtlichen Industrieländern darstellt, 2012 in Spanien voraussichtlich bei 24,6% liegen und somit etwas höher als die zunächst prognostizierten 24,3%. Am 23. Juli gab die Nationalbank Spaniens darüber hinaus bekannt, dass das BIP im 2. Quartal um 0,4% abgenommen hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzlage in Portugal



Am 17. Juli 2012 gaben die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) bekannt, dass Portugal Schwierigkeiten habe, seine Haushaltsziele zu erreichen. Nach Aussage der EU und des IWF kann die Defizitgrenze von 4,5% des BIP 2012 eingehalten werden, allerdings hätten sich die Haushaltsrisiken erhöht. EU und IWF äußerten sich nach Beendigung der 4. Troika-Mission, die aus EU, IWF und EZB besteht. Die Missionen dienen der Bewertung der Umsetzung der Sparmaßnahmen und Reformen, zu denen sich das Land im Mai 2011 im Gegenzug zu Hilfszahlungen in Höhe von 78 Milliarden Euro verpflichtet hat. Die Troika stimmte der Auszahlung einer weiteren Tranche an Hilfgeldern zu. Sie stellte jedoch fest, dass das Haushaltsdefizit in Höhe von 7,9% im 1. Quartal 2012 die Einhaltung der Defizitgrenze in Höhe von 4,5% für Ende 2012 und von 3% für 2013 stark erschwert. Das hohe Defizit ist Folge des Rückgangs von Steuereinnahmen und eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit. EU und IWF betonen, dass die Reformen in einem schwierigen wirtschaftlichen Kontext erfolgen müssen und dass Spanien als Haupthandelspartner Portugals ebenso sehr stark unter der Krise leidet... [Fortsetzung](#)

Griechenland findet keine Lösung für weitere Einsparmaßnahmen



Die Vorsitzenden der drei Regierungsparteien der Koalitionsregierung in Griechenland konnten sich nicht auf weitere Einsparmaßnahmen in Höhe von 11,7 Milliarden Euro einigen, die die nationalen Gläubiger von Athen fordern. Eine neue Verhandlungsrunde ist für kommende Woche vorgesehen. Der neue Sparplan 2013-2014 soll möglichst vor der Ankunft der Troika verabschiedet werden, die über die Ausschüttung weiterer Hilfgelder aus dem Fonds in Höhe von insgesamt 130 Milliarden Euro entscheiden wird. Die Europäische Zentralbank (EZB) gab am 20. Juli 2012 bekannt, dass sie momentan keine griechischen Staatsanleihen mehr annehmen wird; die EZB will zunächst den Bericht der Troika über die Fortschritte Griechenlands abwarten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Beginn von Verhandlungen zwischen Ungarn und dem IWF



Am 17. Juli 2012 haben die Verhandlungen zwischen Ungarn und dem IWF über die Gewährung von Finanzhilfen in Höhe von 15 Milliarden Euro begonnen, die zur Sanierung des ungarischen Haushalts vorgesehen sind. Die Europäische Union nimmt seit dem 18. Juli 2012 an den Verhandlungen teil. Die Verhandlungen hatten bereits 2011 begonnen, sie wurden jedoch unterbrochen, da es Unstimmigkeiten über die ungarische Zentralbank gab. Die Garantien sollen Ungarn ermöglichen, zu niedrigeren Zinssätzen Geld an den Finanzmärkten zu leihen... [Fortsetzung](#)

Europa soll Irland stärker unterstützen



Der Internationale Währungsfonds (IWF) teilte am 18. Juli 2012 mit, dass die Europäische Union Irland stärker unterstützen sollte, um eine nachhaltige Rückkehr des Landes an die Finanzmärkte zu ermöglichen. "Es sind nach wie vor schwierige Herausforderungen zu meistern, die aus den Unsicherheiten bezüglich der Eurozone erwachsen und neue europäische Unterstützungsmaßnahmen (...) sind notwendig", gab der IWF bekannt. Laut Aussage des IWF müssen die mittelfristigen Prioritäten Irlands in einer Sanierung des Finanzsektors liegen, so dass die Kreditvergabe erleichtert wird, ferner in der Haushaltssanierung und in einer Fortführung der Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Der IWF begrüßte die bisherigen Anstrengungen und die Entschlossenheit der irischen Staatsführung, die trotz schwieriger Konjunktur, die den Aufschwung verzögert, an den Reformmaßnahmen festhält... [Fortsetzung](#)

Italienische Staatsbank korrigiert Wachstumsprognose



Am 17. Juli 2012 korrigierte die Italienische Staatsbank ihre Wachstumsprognose nach unten. Für 2012 geht die Bank nunmehr von einer Schrumpfung des BIP in Höhe von 2% aus und für 2013 von einem Wachstum in Höhe von 0,2% - ursprünglich ging sie für 2012 von -1,5% und für 2013 von 0,8% aus. Die korrigierten Vorhersagen entsprechen denen des IWF (-1,9% für 2012); sie folgen unmittelbar auf die Herabstufung 13 italienischer Banken durch die Ratingagentur Moody's am 16. Juli

2012. Nach Aussage der Italienischen Staatsbank wird Italien weiter in einer Rezession bleiben, allerdings in gemäßigter Form. Die Staatsbank gab darüber hinaus für das 1. Quartal 2012 eine Arbeitslosenquote von 10,9% bekannt, für 2013 prognostiziert sie über 11% Arbeitslosigkeit. Die Inflationsrate ist stabil geblieben; die Staatsbank geht 2012 von einer Inflation in Höhe von 3% aus; für 2013 rechnet sie mit einer Inflationsrate in Höhe von 1,8%... [Fortsetzung](#)

IWF begrüßt Fortschritte Lettlands



In einem Bericht, den der Internationale Währungsfonds (IWF) am 16. Juli 2012 veröffentlichte, begrüßt der IWF die Erfolge Lettlands bei der Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs - für dieses Jahr ist ein Wachstum in Höhe von 3,5% vorhergesagt. Der IWF forderte jedoch verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die bei 15% liegt. Darüber hinaus rät der IWF, die Ausgabe von Staatsanleihen in Erwägung zu ziehen, um gegen eine mögliche Verschlechterung der Lage des Landes gewappnet zu sein. Nach Aussage des Berichts hat Lettland gute Chancen, sein angestrebtes Ziel eines Beitritts zum Euro im Jahr 2014 zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Niederlanden



Nach neuesten Zahlen, die das nationale Statistikamt (CBS) der Niederlande am 19. Juli 2012 veröffentlicht hat, stieg die Arbeitslosenquote in den Niederlanden zwischen Mai und Juni um 0,1%. Sie beträgt somit aktuell 6,3%, dies entspricht 495 000 Arbeitslosen... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosigkeit in Großbritannien sinkt



Das nationale Statistikbüro Großbritanniens (ONS) gab am 19. Juli 2012 bekannt, dass die Arbeitslosigkeit im Mai 2012 gesunken ist. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell, besser als zunächst vorhergesagt, bei 8,1% der aktiven Bevölkerung und damit um 0,1% niedriger als in den zwei vorhergegangenen Monaten. Die Verbesserung hängt mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele zusammen, die Ende Juli 2012 in London beginnen werden... [Fortsetzung](#)

Eurozone muss verstärkt gegen Krise vorgehen



Der Internationale Währungsfonds hat am 19. Juli 2012 einen Bericht veröffentlicht, in dem er Empfehlungen zur Überwindung der Krise gibt. Der IWF spricht sich für eine Bankenunion aus und für eine Vertiefung der Fiskalunion, um das Vertrauen in die Währungsunion zu stärken. Zur Erhöhung der Binnennachfrage empfiehlt der IWF den Mitgliedsländern, strukturelle Reformen voran zu treiben, um das langfristige Wachstum zu sichern. Der IWF entschied darüber hinaus am 18. Juli 2012, seine Beobachtungen zur Weltwirtschaft auszuweiten. Zur Vermeidung von "Ansteckungen" wird der IWF nationale Politiken daraufhin prüfen, ob es negative Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem geben könnte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Bulgarien soll verstärkt Strukturreformen durchführen



Laut Aussage des Berichts der Europäischen Kommission über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens (CVM), der am 18. Juli 2012 veröffentlicht wurde, muss Bulgarien seine Anstrengungen verstärken, um durch Strukturreformen die Entwicklung hin zu einem modernen Rechtsstaat voran zu treiben. Bulgarien befindet sich laut Bericht auf gutem Weg und hat bereits große Fortschritte gemacht, die jedoch weiter vertieft werden müssen. Die Umsetzungen müssen definitiv und nachhaltig verankert werden. Schwachpunkte sind laut Aussage des Berichts die Korruption auf hoher Ebene und der Kampf gegen organisierte Kriminalität, in beiden Bereichen konnte Bulgarien noch keine überzeugenden Ergebnisse präsentieren. 2013 soll eine neue Bewertung erfolgen... [Fortsetzung](#)

Rumänien wird zur Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien aufgefordert



Am 18. Juli 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Bericht über die Fortschritte Rumäniens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens. Rumänien muss in erster Linie rechtsstaatliche Prinzipien anerkennen und einhalten und die richterliche Unabhängigkeit garantieren, wenn es das Vertrauen der übrigen Mitgliedsländer nicht verlieren will. Nach Aussage des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso wurden die Erfolge im Kampf gegen Korruption und für die richterliche Unabhängigkeit durch die aktuellen Vorkommnisse in Frage gestellt (Absetzung des Präsidenten Traian Basescu). Auch wenn die Grundlagen für ein modernes rechtsstaatliches System gelegt wurden, sind noch viele Herausforderungen zu meistern. Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich eine weitere Überwachung des Landes durch die Europäische Kommission. Der rumänische Premierminister Victor Ponta versicherte, dass er den Empfehlungen des Berichtes folgen wird. Ein neuer Bericht ist für Ende 2012 vorgesehen... [Fortsetzung](#)

Europäischer Binnenmarkt für Forschung und Innovation



Am 17. Juli 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Text mit Maßnahmen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Forschung und Innovation. Durch einen entsprechenden Binnenmarkt soll der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen europäischen Wissenschaftlern gefördert werden. Durch mehr Konkurrenz, Interaktivität und Zusammenarbeit soll die Lösung großer Probleme vorangebracht werden. Die Europäische Kommission hat mit großen Finanzierern von Forschungsprojekten Vereinbarungen getroffen. Am gleichen Tag stellte die Kommission darüber hinaus ihre Vorschläge bezüglich einer Initiative für einen leichteren Zugang zu wissenschaftlichen Informationen und deren Speicherung vor. Durch die Initiative soll der kostenlose Zugang zu europäischen Veröffentlichungen ausgebaut werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht zur europäischen "sozialorientierten Beschaffung"



Am 17. Juli 2012 veröffentlichte die Europäische Union ihren 2. Jahresbericht zur sozialorientierten Beschaffung, der insbesondere der Finanzierung mit Mikrokrediten gewidmet ist. Der Bericht betont die Wirksamkeit des Instruments zur Förderung von Beschäftigung, insbesondere für kleine Unternehmen, die Schwierigkeiten haben, auf gewöhnlichem Weg Kredite zu erhalten. Zwanzig Mikrofinanzierer werden innerhalb der nächsten 2 oder 3 Jahre insgesamt 170 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um so "Risikogruppen" zu unterstützen, wie Jugendliche, die die gewöhnlichen Kreditkonditionen nicht erfüllen können. Nach Aussage des europäischen Kommissars für Beschäftigung, László Andor, ist das Instrument "ein wichtiges Werkzeug der Sozialpolitik, das beibehalten werden muss"... [Fortsetzung](#)

Rat :

Ergebnisse des Ratstreffens "Landwirtschaft und Fischerei"



Am 16. Juli 2012 präsentierte die zypriotische Ratspräsidentschaft den 27 für Landwirtschaft und Fischerei zuständigen Ministern ihr Programm. Bei dem Treffen wurden darüber hinaus zwei Themen im Rahmen der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) diskutiert: Die Entwicklung des ländlichen Raums und die gemeinsame Organisation des Marktes für landwirtschaftliche Produkte. Bezüglich der Fischereipolitik besprachen die Minister die Einigung bezüglich des Kabeljaufangs und es gab einen Meinungsaustausch zum Ausbau der nachhaltigen Fischerei bis 2013... [Fortsetzung](#)

Neue Sanktionen gegen Syrien



Am 23. Juli 2012 entschieden die 27 Außenminister der Europäischen Union, die Sanktionen gegen Syrien, wie auch die Kontrolle des Waffenembargos zu verschärfen, um den Druck auf das Assad-Regime zu erhöhen. 26 Personen und 3 Institutionen wurden der "schwarzen Liste" der Europäischen Union hinzugefügt. Frankreich, Großbritannien

und Deutschland forderten verstärkte humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge. Die Europäische Union zeigte sich darüber hinaus bereit, den Großteil ihrer gegen Simbabwe verhängten Sanktionen aufzuheben, falls das Land ein "vertrauenswürdiges" Referendum zur Vorbereitung demokratischer Wahlen organisiert. Die Minister entschieden zugleich über die Wiederaufnahme der Hilfszahlungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die seit 2002 ausgesetzt waren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Österreich :

Präsident Österreichs ratifiziert ESM und Fiskalpakt



Der Präsident Österreichs Heinz Fischer hat am 17. Juni 2012 den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wie auch den europäischen Fiskalpakt unterzeichnet, wodurch die Ratifizierung beider Texte durch Österreich abgeschlossen ist. Österreich wird sich zu 2,8% an den Direktzahlungen in den ESM beteiligen, dies entspricht 2,2 Milliarden Euro. Garantien wird Österreich im Rahmen des ESM in Höhe von 17,3 Milliarden Euro geben. Insgesamt belaufen sich die Mittel des ESM auf 500 Milliarden Euro. Zum Stand der Ratifizierungen des europäischen Fiskalpakts durch die einzelnen EU-Länder veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung auf ihren Internetseiten eine Übersichtstabelle und Erläuterungen... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Bundestag und Eduskunta stimmen für Hilfe für spanische Banken



Die Abgeordneten des Bundestags, die zum 10. Mal innerhalb von 2 Jahren über Maßnahmen zur Eurorettung abstimmen mussten, stimmten am 19. Juli 2012 in einer Sondersitzung mit großer Mehrheit für Hilfszahlungen an Spanien. Es gab 474 Ja-Stimmen, 97 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Deutschland wird 30% des Gesamtbetrags bereit stellen. Das Parlament Finnlands stimmte am 20. Juli 2012 ebenso für die Hilfe für Spanien, es gab 109 Ja-Stimmen und 73 Nein-Stimmen. Am 17. Juli 2012 konnte eine Einigung bezüglich der Garantien gefunden werden, für die beide Länder lange verhandelt hatten und nach der Finnland Garantien für 40% seines Beitrags erhält... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ungarn :

Ablehnung der Rente mit 62 durch ungarisches Verfassungsgericht



Am 16. Juli 2012 urteilte das ungarische Verfassungsgericht, dass die sofortige Absenkung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre für Richter, Staatsanwälte und Notare (von zuvor 70 Jahren) rechtswidrig ist. Das Verfassungsgericht sieht in dem Gesetz eine mögliche Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit, da die Änderung mit sofortiger Wirkung erfolgen soll und einige Richter ihre laufenden Verfahren abgeben müssten. Die Europäische Union hatte die Reformvorhaben kritisiert und Ungarn diesbezüglich im April 2012 vor dem europäischen Gericht in Luxemburg verklagt... [Fortsetzung](#)

Irland :

Neue Gelder für Infrastrukturmaßnahmen in Irland



Die irische Regierung gab am 17. Juli 2012 bekannt, dass sie zusätzlich 2,25 Milliarden Euro für Investitionen bereit stellen wird, um das Baugewerbe des Landes zu unterstützen. Das Hilfsprogramm, das im November 2011 vorgestellt wurde, dient der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und umfasst insgesamt 17 Milliarden Euro, verteilt auf einen Zeitraum von 5 Jahren. Durch die Maßnahmen sollen 13 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Infrastrukturmaßnahmen umfassen die Bereiche Bildung, Gesundheit, Verkehr und Justiz. Entsprechend der Planungen sollen die Arbeiten spätestens 2018 abgeschlossen sein... [Fortsetzung](#)

Italien :

Italienisches Parlament ratifiziert den europäischen Fiskalpakt



Am 19. Juli 2012 hat das italienische Abgeordnetenhaus den europäischen Fiskalpakt ratifiziert, dieser wurde mit 380 gegen 59 Stimmen angenommen, es gab 36 Enthaltungen. Insgesamt wurden 3 Gesetzestexte verabschiedet, denen der Senat bereits am 12. Juli 2012 zugestimmt hatte. Die Robert Schuman Stiftung stellt auf ihren Internetseiten eine tabellarische Übersicht zum Stand der Ratifizierung des Fiskalpakts in den verschiedenen Mitgliedsländern der Union zur Verfügung. Italien ist das 11. Land, das den Fiskalpakt ratifiziert hat. In der Tabelle wird die Entscheidung des Parlaments als Entscheidung zur Ratifizierung berücksichtigt. Der Fiskalpakt wird in Kraft treten, sobald ihn 12 Länder ratifiziert haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Litauen :

Referendum in Litauen zum Kernkraftwerk in Visaginas



Am 16. Juli 2012 stimmte das litauische Parlament für ein Referendum zur Frage des Baus eines Kernkraftwerks in Visaginas an der Grenze zu Weißrussland. 62 Abgeordnete stimmten für das Referendum, 39 dagegen, es gab 18 Enthaltungen. Das neue Kernkraftwerk soll den alten Reaktor Ignalia ersetzen, dessen Betrieb 2009 eingestellt wurde, da Litauen sich 2004 bei seiner Aufnahme als neues EU-Mitglied hierzu verpflichtet hatte... [Fortsetzung](#)

Polen :

Rücktritt des polnischen Landwirtschaftsministers



am 18. Juli 2012 erklärte der polnische Landwirtschaftsminister Marek Sawicki gegenüber dem polnischen Premierminister Donald Tusk seinen Rücktritt. Dem zum Ministerium gehörenden Amt, das für die Verteilung von Subventionen zuständig ist, wird die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen. Der polnische Premierminister hat noch keinen Nachfolger bekannt gegeben... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Universität von Bukarest bestätigt Plagiat durch rumänischen Premierminister



Die Plagiatsvorwürfe gegen den rumänischen Premierminister Victor Ponta wurden am 20. Juli 2012 von der Universität Bukarest in einem eindeutigen Bericht bestätigt. Es handelt sich um eine "massive" und "vorsätzliche" Fälschung, wie die Ethikkommission der Universität, die in Rumänien ein sehr hohes Ansehen genießt, in ihrem Bericht deutlich macht. Die Universität hatte Victor Ponta 2003 den Dokortitel verliehen. Nach Aussage des Berichts hat der Premierminister, der mehrmals entschieden gegen die Fälschungsvorwürfe protestiert hat, "Ideen und ganze Seiten" anderer Autoren ohne Kennzeichnung abgeschrieben, insgesamt handele es sich um ein Drittel der 300 Seiten der Doktorarbeit, die dem Internationalen Strafgerichtshof gewidmet ist... [Fortsetzung](#)

Verkündung eines Gesetzes zum Referendum in Rumänien



Der Interimspräsident Rumäniens, Crin Antonescu, gab am 16. Juli die Verkündung eines entscheidenden Gesetzes bekannt, dass das Referendum über die Absetzung des aktuell suspendierten Staatsoberhauptes, Traian Basescu, betrifft. Die Verkündung eines entsprechenden Gesetzes über eine Mindestteilnehmerzahl am Referendum war von der Europäischen Kommission gefordert worden. "Ich habe mich zur Verkündung des Gesetzes entschlossen und ich glaube, dass ich somit den Streit um das Thema beendet habe", erklärte Crin Antonescu. Das Verfassungsgericht Rumäniens hatte am 29. Juli entschieden, dass das Referendum über die Absetzung von Präsident Basescu nur dann Gültigkeit entfalten könne, wenn eine Mindestbeteiligung in Höhe von 50% oder mehr der Abstimmungsberechtigten erfüllt sei... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

David Cameron trifft Premierminister Estlands in Afghanistan



Am 20. Juli 2012 beendete der britische Premierminister David Cameron seine Afghanistanreise mit einem Abendessen mit dem Premierminister Estlands, Andrus Ansip. Das Abendessen fand im Camp Bastion statt, in Anwesenheit von britischen und estischen Truppenmitgliedern. Beide Länder pflegen enge Beziehungen; zur Zeit gibt es eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) in der Provinz Helmand; ungefähr 165 estische Soldaten sind in Afghanistan im Einsatz, hauptsächlich im Norden des Landes in Nad-e-Ali - ein Gebiet, das unter britischer Führung steht. Darüber hinaus gibt es eine enge Zusammenarbeit beim Wiederaufbau in der Provinz Lashkar Gah... [Fortsetzung](#)

Albanien :

Neues Wahlrecht in Albanien



Am 19. Juli 2012 verabschiedeten die Abgeordneten des albanischen Parlaments mit 127 Stimmen (von 140 anwesenden Abgeordneten) ein neues Wahlrecht, das die permanenten Streitigkeiten über Wahlergebnisse beenden soll. Das neue Wahlrecht regelt die Zusammensetzung der Wahlkommission und es sieht strengere Kontrollen bezüglich der Identität der Wähler vor, wie auch die Einführung einer elektronischen Auswertung der Stimmen, die in einigen Wahlkreisen getestet werden soll. Das neue Wahlrecht wurde aufgrund von entsprechenden Forderungen der Europäischen Union verabschiedet. Albanien möchte den Status eines Beitrittskandidaten zur Union erlangen... [Fortsetzung](#)

Montenegro :

Nominierung eines neuen Außen- und Europaministers



Am 18. Juli 2012 stimmte das Parlament Montenegros mit 43 Stimmen (bei insgesamt 58 Abgeordneten) für die Nominierung von Nebojsa Kaludjerovic als neuen Außen- und Europaminister. Er ist Nachfolger von Milan Rocen, der kurz nach Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union seinen Rücktritt erklärt hatte. Nach Meinung Rocens erforderte dieser Schritt eine personelle Erneuerung. Nebojsa Kaludjerovic war der erste Botschafter Montenegros bei den Vereinten Nationen, nachdem das Land 2006 seine Unabhängigkeit erklärt hatte... [Fortsetzung](#)

Russland :

Parlament Russlands stimmt für Beitritt zur WTO



Am 17. Juni 2012 stimmten die Abgeordneten des russischen Parlaments (Oberhaus) für das Beitrittsprotokoll, das den Beitritt Russlands zur WTO festlegt (144 gegen 3 Stimmen). 10 Tage zuvor hatte bereits das Unterhaus, die Duma, dem Beitritt zugestimmt. Mit dieser Abstimmung werden 18 Jahre andauernde Verhandlungen beendet. Am 21. Juli 2012 unterzeichnete Präsident Wladimir Putin das Protokoll, das 30 Tage später in Kraft treten wird... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Ukraine: Demonstrationen gegen Zensur in den Medien



Am 19. Juli 2012 demonstrierten zahlreiche Journalisten in Kiew gegen Zensur in den Medien, die durch die Regierung wenige Monate vor den Parlamentswahlen veranlasst wird. Insbesondere die Seite Lb.ua und der Fernsehsender TVi sind Repressalien ausgesetzt. Mehrere Oppositionsparteien protestierten an der Seite der Journalisten, unter ihnen auch die Partei von Julia Timoschenko. Die Demonstranten fordern von der Regierung der Ukraine ein Ende der Einschränkung der Medienfreiheit... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Rumänien: Europarat fordert Einhaltung demokratischer Prinzipien

Die parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 19. Juli 2012 die Einhaltung demokratischer Prinzipien von Rumänien



gefordert. Die Versammlung zeigte sich besorgt angesichts der Umstände der Absetzung von Präsident Traian Basescu. Sie forderte von den politisch Verantwortlichen die Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien. Zuvor hatte der rumänische Interimspräsident Crin Antonescu auf Druck der Europäischen Union ein Gesetz verkündet, das die Gültigkeit des Referendums von einer Mindestbeteiligung in Höhe von 50% der Wahlberechtigten abhängig macht. Dieses Gesetz war zuvor bereits vom Verfassungsgericht Rumäniens gefordert worden. Das Referendum ist für den 29. Juli 2012 vorgesehen. Entsprechend aktueller Umfrageergebnisse, die von der Wahlbeobachterin der Robert Schuman Stiftung in ihrem Beitrag über die Situation in Rumänien zitiert werden, ist die Mehrheit der Rumänen für die Absetzung des Präsidenten (64,3%). Nur 27,4% sind nach den Umfrageergebnissen gegen die Absetzung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

UNO in der Sackgasse



Am 19. Juli 2012 stimmten Russland und China erneut gegen eine UN-Resolution, durch die das syrische Regime sanktioniert werden sollte und die eine Verlängerung der Beobachtermission der UN um 45 Tage vorsah. Die Resolution, die von Frankreich, den USA, Großbritannien, Deutschland und Portugal eingebracht worden war, wurde von 11 der 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates angenommen, es gab 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen (Pakistan und Südafrika). Bereits zum 3. Mal legten Russland und China ihr Veto gegen eine Resolution ein, die der Situation in Syrien gerecht werden soll... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Niedrigeres Leistungsbilanzdefizit



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 19. Juli 2012 veröffentlichte, betrug das Leistungsbilanzdefizit in der Europäischen Union im 1. Quartal 2012 4,1 Milliarden Euro. Im ersten Quartal 2011 lag das Defizit bei 31,3 Milliarden Euro. Das Defizit beim Warenhandel hat sich verkleinert, das Defizit im Dienstleistungsverkehr hat sich vergrößert, hauptsächlich wegen der Überschüsse bei "sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen", dazu gehören freiberufliche und technische Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen, EDV- und Informationsleistungen, Transportleistungen... Die Union verbuchte im 1. Quartal Überschüsse mit den USA (+20,6 Mrd. Euro), der Schweiz (+17,3 Mrd.), Brasilien (+7,6 Mrd.), Hongkong (+6,3 Mrd.), Kanada (+4,9 Mrd.) und Indien (+1,3 Mrd.)... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Zentralasien und Osteuropa: Strategische Beziehungen



Die Stiftung für internationale Beziehungen und außenpolitischen Dialog (FRIDE) veröffentlicht eine Studie zu den Beziehungen zwischen den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Weißrussland, Moldawien, Ukraine) und Zentralasien. Die Beziehungen sind aufgrund der Interessen im Energiebereich und im wirtschaftlichen Bereich für die drei europäischen Staaten von strategischer Bedeutung... [Fortsetzung](#)

"Nach der El-Dorado-Dekade"



Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat im Juli 2012 eine Studie von Heribert Dieter veröffentlicht mit dem Titel "Nach der El-Dorado-Dekade". Der Autor analysiert die Hintergründe der Wirtschafts- und Finanzkrise in Spanien... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Kann die Europäische Union eine Großmacht werden?

Kann die zunehmende Integration der Europäischen Union dazu führen,



dass die Mitgliedsländer der Union gemeinsam wieder mehr Einfluss gewinnen, den sie angesichts der neuen aufstrebenden Großmächte verloren haben? Maxime Lefebvre erörtert diese Frage in einem Text, der von der "Documentation française" veröffentlicht wird unter dem Titel "L'Union européenne peut-elle devenir une grande puissance?" ("Kann die Europäische Union eine Großmacht werden?"). Der Autor erläutert, dass die Europäische Union nach und nach von den Feldern Wirtschaft und Handel hin zu Außenpolitik und Verteidigung alle für eine Großmacht notwendigen Politikfelder abdeckt und dass sie zunehmend neue Hebel für eine Vergrößerung ihres Einflusses findet (Reglementierungen, Verhandlungen, Hilfszahlungen, Mittel zur Überwindung der Krise). Nach Meinung des Autors muss die Union jedoch noch einige Herausforderungen überwinden, wenn sie ihren Platz auf dem internationalen Parkett verteidigen will... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Bayreuther Festspiele



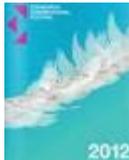
Vom 25. Juli bis zum 28. August 2012 finden die Bayreuther Festspiele statt, die den Opern Richard Wagners gewidmet sind. Richard Wagner persönlich hat die Festspiele im Jahr 1876 ins Leben gerufen, um seine zehn Hauptwerke aufzuführen. Auch dieses Jahr stehen unter anderem "Lohengrin", "Parsifal", "Tristan und Isolde" und "Tannhäuser" auf dem Programm... [Fortsetzung](#)

Salzburger Festspiele



Bis zum 2. September 2012 sind im Rahmen der Salzburger Festspiele zahlreiche Opern, Konzerte und Theaterstücke zu sehen und zu hören. Unter anderem stehen "Die Zauberflöte" von Mozart, "La Bohème" von Puccini und "Carmen" von Bizet auf dem Programm... [Fortsetzung](#)

Internationales Festival von Edinburgh



Vom 9. August bis zum 2. September 2012 findet in Edinburgh das Internationale Festival statt. Das Festival 2012 ist der Überwindung geografischer Grenzen und Unterschiede gewidmet. Auf dem Programm stehen unter anderem klassische Musikkonzerte, Theaterstücke, Opern, Tanz und Videokunst... [Fortsetzung](#)

Sziget Festival



In Budapest findet vom 6. bis zum 13. August 2012 das größte Musikfestival Europas statt, das "Sziget Festival". Ursprünglich ein Treffpunkt für osteuropäische Musiker, ist das Festival inzwischen Anziehungspunkt für Musiker aus aller Welt. Zur 20. Ausgabe des Festivals werden unter anderem Placebo, Emir Kusturica, Korn, The Stone Roses, Teatro degli Orrori, Goran Bregovic, The Subways und viele mehr erwartet... [Fortsetzung](#)

Emil Nolde und die Exotik



Die Stiftung Ahlers in Hannover präsentiert bis zum 31. Oktober 2012 eine Ausstellung mit Werken des deutschen Künstlers Emil Nolde (1867-1956). Dieser war von ausländischer Kunst fasziniert. Er kaufte Objekte, die er in Stillleben festhielt. Zahlreiche Stücke erwarb Nolde auf einer Südseereise 1913/14, die ihn auch nach Neu-Hannover, einer zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel im Bismarck-Archipel, führte. Die Ausstellung zeigt über 30 Werke, die zwischen 1911 und 1929 entstanden... [Fortsetzung](#)

Tate Modern and the tanks

Die Tate Modern in London, die sich auf dem Gelände eines ehemaligen Elektrizitätswerks befindet, zeigt bis zum 28. Oktober Kunst in den



ehemaligen Kraftstofftanks des Gebäudes. 40 Künstler werden in den Tanks ihre Projekte und Werke präsentieren. Die Tanks bestehen aus zwei großen Betonflächen mit 30 Meter Durchmesser und einer Höhe von 7 Metern. Sie sind der "Aktionskunst" gewidmet, "da das Museum der ideale Ort für Erfindungen ist"... Fortsetzung

Agenda :



23. Juli
Brüssel
Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



23. und 24. Juli
Nikosia
Informelles Treffen der Minister für Justiz und Inneres



24. Juli
Brüssel
Ratstreffen "Allgemeine Angelegenheiten"



29. Juli
Referendum in Rumänien zur Frage der Absetzung von Präsident T. Basescu



2. August
Frankfurt am Main
Treffen des EZB-Rates

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Fabrice Laffargue, Mélanie Laplace, Camille Stephan.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}